

Presseinformation

16. April 2018

Bankenpräsident Peters fordert umfassenden Regulierungs-Check

- Zunehmende Bürokratie belastet Kunden und Banken
- Wirtschaftspolitik muss Finanzplatz Deutschland stärken

Eine wirksame Überprüfung der Finanzmarktregulierung forderte Hans-Walter Peters, Präsident des Bankenverbandes, anlässlich der Vorstandssitzung des Verbandes in Berlin. „Ein Regulierungs-Check – wie ihn auch der Koalitionsvertrag vorsieht – ist absolut notwendig und überfällig. Es gibt zu viele Widersprüche, Schwachstellen und bürokratische Übertreibungen in den Regulierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre.“ Peters betonte, dass es den Banken nicht darum gehe, sinnvolle Regulierung zurückzudrehen. Sie müsse aber von bürokratischen Lasten befreit werden.

Kontakt

Thomas Schlüter
Bundesverband
deutscher Banken
e.V.

Leiter Media
Relations, Director,
Pressesprecher
Tel. +49 30 1663
1230

thomas.schlueter@bdb.de

Schlagworte

Regulierung
Finanzplatz Deutschland
Europa
Peters
MiFID



Presseinformation

Als Präsident des Bankenverbandes begrüßt der Präsident die seit Anfang des Jahres geltenden Regeln zur Anlageberatung. Die damit verbundenen Dokumentation- und Informationspflichten würden viele Kunden als Bevormundung empfinden. Einige Banken hätten sich zwischenzeitlich sogar ganz aus der Anlageberatung zurückgezogen. Gerade für kleinere Institute stünden die Kosten in keinem ausgewogenen Verhältnis mehr zu den Erträgen. Dies sei eine schlechte Nachricht für die Anleger – insbesondere in Zeiten von Nullzinsen.

Peters begrüßte die Ankündigung der Bundesregierung, sich stärker für den Finanzplatz Deutschland einzusetzen. „Die Politik muss erkennen, welche Bedeutung ein attraktiver Finanzplatz und ein profitables Bankensystem für den Wirtschaftsstandort Deutschland haben“, sagte Peters. „Es sind die Banken, die das Wachstum der deutschen Wirtschaft finanzieren.“ Wirtschaftspolitik bedeute deshalb auch, den Finanzplatz Deutschland zu stärken. Banken dürfen nicht länger nur als Regulierungsobjekte wahrgenommen werden, so Peters, vielmehr seien sie Teil einer modernen Wirtschaftspolitik.